



öffentlich

Betreff:

Flächenzuordnung an Wohnungsunternehmen

Erstellungsdatum 25.08.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
27.09.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 1. November 2006 darüber zu informieren, wie bisher die Zuteilung städtischer Teilflächen an Wohnungsunternehmen erfolgt ist.

Insbesondere ist auszuweisen, welche Probleme bei der Zuordnung von Flächen im Wohngebiet Am Schlaatz aufgetreten sind.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In Beantwortung der Anfrage DS 04/SVV/0121 - Flächenzuordnung an Wohnungsunternehmen - hat die Verwaltung angegeben, dass die Übertragung städtischer Flächen (Grün- und Verkehrsflächen) an Wohnungsunternehmen Ende 2006 abgeschlossen sein soll.

Es war vorgesehen, mit den Wohnungsunternehmen Verfahrensweisen zur Übernahme städtischer Flächen abzustimmen.

Im Beirat für Schlaatz/ Waldstadt I und II haben Vertreter der Wohnungswirtschaft berichtet, dass aufgrund unberechtigter finanzieller Forderungen der Stadt diese Flächenzuordnung nicht stattfinden kann, wodurch erhebliche Beeinträchtigungen der weiteren Entwicklung dieses Gebietes entstehen können.

Mit der beantragten Information soll die Stadtverordnetenversammlung in die Lage versetzt werden, Einfluss auf die Behebung von tatsächlichen Hemmnissen zu nehmen.